

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Gram- und Festtagen.
Der Preis für die 24 mm breite Colonat-Anzeigen im Einzelverkauf ist 20 (Hunderttausendstel) und die 36 mm breite (Hunderttausendstel) 25, auswärts 28, für die 50 mm breite (Hunderttausendstel) 30, auswärts 35, für die 60 mm breite (Hunderttausendstel) 35, auswärts 40, für die 70 mm breite (Hunderttausendstel) 40, auswärts 45, für die 80 mm breite (Hunderttausendstel) 45, auswärts 50, für die 90 mm breite (Hunderttausendstel) 50, auswärts 55, für die 100 mm breite (Hunderttausendstel) 55, auswärts 60, für die 110 mm breite (Hunderttausendstel) 60, auswärts 65, für die 120 mm breite (Hunderttausendstel) 65, auswärts 70.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12225.
Gemeinde-Druckerei: Nr. 12225.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Mue, Othitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Othitz, Reußthal und Schneeberg, der Finanzämter in Mue und Schwarzenberg.
Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte in Mue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.
Verlag G. M. Gärner, Mue, Erzgeb.
Vertriebsstellen: Mue 21 und 22, Othitz (Mue) 446, Schneeberg 16, Schwarzenberg 5556, Grünhain: Zeitzsch Hauptstraße.

Wichtiges: Wichtige Anzeigen für die am nächsten erscheinende Nummer bis Sonntag 9 Uhr in den Anzeigenstellen. Bitte beachten für die Anzeigen der nächsten am vorbestimmten Tage auch die Anzeigenstellen, wo diese nicht gegeben, auch nicht für die Anzeigen der nächsten Nummer. — Für die Anzeigen der nächsten Nummer sind die Anzeigenstellen in Mue, Othitz, Schneeberg und Schwarzenberg zu beachten. — Die Anzeigen der nächsten Nummer sind in Mue, Othitz, Schneeberg und Schwarzenberg zu beachten.

Nr. 261. Sonnabend, den 8. November 1930. 83. Jahrg.

Die Sorgen des Wehrministers. Ein neuer Erlaß Groeners.

Das unlösbare Problem.

Der Reichswehrminister Groener, der gerade vor 12 Jahren, in den dunklen Tagen des Zusammenbruchs, bei der entscheidenden Besprechung im Großen Hauptquartier den Fahnenstab als eine „Neuerlichkeit“ bezeichnete und auch über die Stellung des Heeres zum Obersten Kriegsherrn eine von der bis dahin gebräuchlichen recht abweichende Meinung vertrat, gibt sich große Mühe, den Offizieren der Wehrmacht klarzumachen, was Disziplin sei. In einem eben bekannt gewordenen Erlaß an das gesamte Offizierskorps behandelt er von neuem dieses Problem, das unter den heutigen Verhältnissen keineswegs leicht zu lösen ist.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß es nicht anständig ist, die früheren Verhältnisse auf die heutigen zu übertragen, indem z. B. an Stelle der weggefallenen Person des Obersten Kriegsherrn einfach der Staat als solcher gesetzt wird. Zum Staate kann schließlich ein persönliches Treueverhältnis, wie es durch den Fahnenstab dem Kaiser gegenüber begründet wurde, nicht bestehen. Denn der Staat, wie er heute sich darstellt, ist ein vager Begriff, ein Exponent von immer wechselnden Parteienmehrheiten oder Klassen oder auch nur Persönlichkeiten. So ist schon an sich eine Wehrmacht, die zugleich überparteilich und staatslich eingestuft ist, ein Ding der Unmöglichkeit, wenigstens in einem Staatswesen wie dem derzeitigen deutschen. Da Heer und Marine nicht in einem luftleeren Raum schweben, wird, wo doch alles um sie herum von Kopf bis zu Fuß auf Parteipolitik eingestuft ist, es niemals zu vermeiden sein, daß sich Offiziere und Mannschaften politische Fragen durch den Kopf gehen lassen und schließlich sich ihre Meinung bilden. Gerade aus Soldaten des heutigen Heeres, von denen, in allen Graden, so unehrer viel verlangt wird, können nicht politische Cumachen gezüchtet werden. Es wäre das, offen herausgesagt, auch gar nicht wünschenswert. Freilich ist unter diesen Umständen die Gefahr von Konflikten zwischen der Pflicht zum Gehorsam und der eigenen inneren Stimme ungeheuer groß. Hiergegen gibt es kein Heilmittel. Auch wenn Herr Groener jeden Tag einen Erlaß herausgibt, wird er nichts erreichen. Denn der Mensch ist keine Maschine, auch der Soldat nicht.

In diesem Dilemma wird es immer nur darauf ankommen, wer befiehlt. Ist es ein Mann, der das unbedingte Vertrauen des Heeres hat, dann werden die Konflikte auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Leider ist der jetzige Reichswehrminister nicht dieser Mann, wie sich auch im Verlauf des Prozesses gegen die Ulmer Offiziere gezeigt hat. Die wirkliche Fremde er im übrigen ist, geht aus dem falschen Bild hervor, das er sich von seinen Untergebenen macht. Der Minister scheint zu glauben, daß es nur Ausnahmen sind, die nicht mit seinen Anschauungen übereinstimmen. Da tritt er. Von dem Heere würde nicht viel übrig bleiben, wenn alle diejenigen der Aufforderung Groeners folgen und den Dienst quittieren würden, die sich innerlich mit den ausgeprochenen und geschmähten Ulmer Offizieren verbunden fühlen.

Verbotene Gedankengänge.

Berlin, 7. Nov. Die demokratische Presse veröffentlicht den kurz nach der Urteilsfällung im Leipziger Reichswehrprozeß vom Reichswehrminister Groener an das Offizierskorps der Reichswehr gegebenen Erlaß, in dem der Minister zu den durch den Prozeß gegen die Ulmer Offiziere akut gewordenen Fragen Stellung nahm.
In dem Erlaß heißt es u. a.: Die Reichswehr ist und muß ihrem ganzen Wesen nach im höchsten Maße national sein. Es ist aber eine Ueberheblichkeit ohne Gleichen und ein tief dauerlicher Mangel an Autoritätsgefühl, wenn junge Offiziere ihren höchsten Vorgesetzten, also auch dem Reichspräsidenten v. Hindenburg, Mangel an Nationalgefühl vorwerfen (?) und sich anmaßen, allein zu wissen, was national ist. Es ist eine Verwundtheit und eine erschauende Ueberhöhung ihrer Urteilskraft, wenn junge Offiziere, die bis außenpolitischen

und finanziellen Möglichkeiten in keiner Weise beurteilen können, von unzureichenden Landesfürsichtmaßnahmen sprechen und offen Kritik daran üben. Die Reichswehr ist überparteilich und staatslich eingestuft. Sie muß unbedingt aus dem Streit der Parteien und den politischen Tageserwägungen herausgehalten werden. Es gibt also keinen Rechts- oder Linkskurs. Alle militärpolitischen Maßnahmen und Anordnungen sind allein von diesem Gesichtspunkt diktiert. Es ist eine lächerliche Nachkriegspsychose, daß jeder junge Offizier sich berechtigt glaubt, an allen Befehlen der Führung Kritik zu üben und für jede Maßnahme eine Begründung und Erklärung verlangen zu können. Die Festigkeit jeder Wehrmacht beruht auf einem vorbehaltlosen, uneingeschränkten Gehorsam. Soldaten, die vor Ausführung von Befehlen prüfen wollen, ob diese Befehle ihrer Anschauung entsprechen, sind keinen Schuß Pulver wert. Solche Gedanken bedeuten die Vorstufe zur Meuterei, zur Aufspaltung der Reichswehr und in der weiteren Folge zum Kampf aller gegen alle. Für die junge Wehrmacht war es einer der schwärzesten Tage, an dem Offiziere vor dem Reichsgericht ähnlichen Gedankengängen Ausdruck gegeben haben. Es ist selbstverständlich, daß Offiziere mit derartigen Ansichten nicht in der Reichswehr bleiben können. Ich erwarte daher von jedem Offizier, der Ehrgefühl und den Mut zur Wahrheit hat, daß er sofort aus der Reichswehr ausscheidet, wenn er ähnlichen Gedankengängen huldigt.

Das „D. T.“, das bekanntlich gewissermaßen ein Monopol auf Indiskretionen besitzt, berichtet dazu, daß der Erlaß von dem Nachrichtenbienst der nationalsoz. Fraktion des Sächsischen Landtages veröffentlicht wurde. Durch eine Indiskretion, die wohl nur aus Reichswehrkreisen stammen könne, habe die NSDAP. Kenntnis von dem Erlaß erhalten.

Wieder Einigkeit in der Grünen Front.

Die Regierung ist sich bemüht...
Berlin, 6. Nov. Reichsanwalt Dr. Brüning empfing heute im Beisein des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, die in Berlin anwesenden Vertreter der Grünen Front, die auf den außerordentlichen Ernst der Lage in der Landwirtschaft hinwiesen und in einem an den Reichsernährungsminister gerichteten Schreiben diejenigen Maßnahmen auf den wichtigsten Gebieten in Vorschlag brachten, deren sofortige Inangriffnahme notwendig sei. Sie wiesen insbesondere auf die große Elbedrängnisfrage der zu treffenden Maßnahmen hin. Reichsanwalt Dr. Brüning und Reichsminister Schiele betonten, daß sich die Reichsregierung der überaus schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft durchaus bewußt sei. Das Reichskabinett habe bekanntlich bereits vor einigen Tagen gewissen Vorschlägen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft seine Zustimmung erteilt, und es bestünde im Reichskabinett Uebereinstimmung darüber, daß diese dringendsten Maßnahmen nun auch beschleunigt in Kraft treten müßten.

Treviranus über die Not der Landwirtschaft.
Donaueschingen, 7. Nov. Auf der Generalversammlung der Kreisbauernschaft hielt Reichsanwalt Treviranus eine Rede über das Thema: „Was erwartet die Landwirtschaft vom neuen Reichstag“, in der er ausführte: Der Notstand der Landwirtschaft ist nicht zu leugnen. Das Verhältnis zwischen Selbstkosten und Absatzpreisen ist der Uebelstand, der die Not im deutschen Volke hervorgerufen hat. Wir haben auch die Verpflichtung zur Selbsthilfe immer wieder in den Vordergrund gestellt. Vom Staat aber fordern wir, daß er angesichts der landwirtschaftlichen Notlage von der Erhebung von Steuern und Abgaben möglichst zurück-

Amtliche Anzeigen.

Die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen des Gutsbesizers Emil Scherffig in Raschau und des Gutsbesizers Ritzschammer in Wittweiba ist erloschen.
Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 6. Nov. 1930.

Sonnabend, den 8. November 1930, vorm. 9 Uhr, sollen in Wittweiba-Warkersbach 1 Marmorplatte mit 2 Stühlen, 2 Rasterstühle, 2 Spiegel ohne Rahmen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. □ 3276/30
Sammelort der Bieter: Rest. Deutsche Eiche.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

gen Gebrauch macht, wenn er nicht ganz darauf verzichtet. Wir müssen verlangen, daß vom neuen Reichstag demnächst ein Finanzausgleich geschaffen wird, der nicht den Ländern die Verpflichtung auferlegt, hier Wandel zu schaffen. Die Erhebung von Steuern bei den kleinen Betrieben muß auf einen möglichst einfachen Renner gebracht werden. Das System der Belastung des Grundbesitzes in Stadt und Land ist unbedingt zu ändern. Eine Regelung des Finanzdienstes ist namentlich im Hinblick auf die Finanzierung der Ernte erforderlich. Zur Frage der Preisbildung erklärte Treviranus, wenn nicht alle Forderungen der Grünen Front in Erfüllung gegangen seien, so habe die Schuld nicht an der Regierung, sondern an völlerrechtlichen Bestimmungen gelegen. Mit guten Ernten allein komme die Landwirtschaft heute nicht mehr weiter, wenn nicht die Preise den Verhältnissen angepaßt werden. Ein Ausgleich müßte auf der Basis gefunden werden, daß man auf den deutschen Binnenmärkten kauft, damit wir die Arbeitslosigkeit aushalten und unsere Steuern bezahlen können. Durch eine Zusammenarbeit zwischen Verbrauchern und Erzeugern mit dem Staat als Mittler müßte der Einklang gefunden werden, durch den der Landwirtschaft allein geholfen werden könnte.

Die Landwirtschaftskammern zum Regierungsprogramm.
Berlin, 6. Nov. Die Vorstehenden der deutschen Landwirtschaftskammern nahmen Stellung zum Regierungsprogramm. Sie begrüßen es, daß die Reichsregierung ihren Vorschlägen zur Sanierung der Reichsfinanzen die Grundidee vorangestellt hat, „nicht höhere Steuern, sondern allein Sparmaßnahmen, Entlastung, Wiederherstellung des Vertrauens“, halten sich aber für verpflichtet, ihrer einmütigen Auffassung dahin Ausdruck zu geben, daß auf den im Regierungsprogramm vorgesehenen Wegen allein das erstrebte Ziel nicht zu erreichen sei. Insbesondere wäre eine wesentliche Herabsetzung der gesamten öffentlichen Lasten über das vorgesehene Maß hinaus nötig. Die Entschleunigung richtet sich sodann gegen den Youngplan. Ferner wird von neuem eine grundsätzliche Änderung der deutschen Handelspolitik unter Aufgabe der bisherigen Handelsabhandlung der Meißnerklausel gefordert. Als weitere dringlich notwendige Maßnahmen werden der Feinmischungsanspruch für Roagen, eine Neuregelung der Einfuhrzölle und geeigneter Vorkehrungen gegen die Schleudereinfuhr von Erzeugnissen der russischen Land- und Forstwirtschaft bezeichnet und die angekündigte Erhöhung des Brennwertes bei möglichst hohem Feinmischungsanspruch für Treibstoffe begrüßt. Das Obhilfegesetz soll auf die gesamten deutschen Obergrenzen unter Sicherung der Führung des Reiches erweitert werden. Kritik wird selbst an dem Steuerreformprogramm der Reichsregierung. Insbesondere wandle sich die Verfassung gegen die Schaffung einer landwirtschaftlichen Einheitssteuer.

Die Wirtschaftspartei hinter Dremlich.
Berlin, 6. Nov. Parteivorstand und Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielten heute im Reichstag eine Sitzung ab, an der auch die Fraktionsführer der Partei aus den Landtagen teilnahmen. Die Sitzung beschäftigte sich mit den vom Reichstagsabg. Colloster gegen den Parteivorstand Dremlich in der Öffentlichkeit erhobenen Anwürfen. Nach längerer Aussprache wurde dem Vorsitzenden Dremlich das volle Vertrauen und die Uebereinstimmung der Partei in allen politischen und Parteifragen ausgesprochen. Der Abg. Colloster wurde zur Vorbringung seiner Beschwerden an die zuständige Parteinstanz verwiesen.

Niederlage Hoovers.

Keuzer, 7. Nov. Nachdem in dem noch ausstehenden Wahlbezirk Indiana die Demokraten mit drei Stimmen Mehrheit über die Republikaner siegen, verfügen die Demokraten nunmehr im Repräsentantenhaus über 217 Sitze gegenüber 216 Sitzen der Republikaner und einem Farmer- und Arbeitervertreter. Das Ergebnis für Illinois, wo zurzeit ein Republikaner mit geringer Mehrheit sitzt, steht noch aus. Demnach können sich also möglicherweise je 217 Demokraten und Republikaner im Repräsentantenhaus gegen-

überstehen, wodurch der Stimme des Farmer- und Arbeitervertreters die Entscheidung zufallen würde.

Nach gefährdeter erscheint die republikanische Mehrheit im Senat, da unter den 48 republikanischen Senatoren etwa 15 sog. Insurgenten sitzen, die zusammen mit dem einen Senator der Farmer- und Arbeiter-Partei zwischen den restlichen 33 regulären Republikanern und den 47 Demokraten entscheiden werden.